

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

31.01.2012

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 17.11.2011**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 19:45 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 11.10.2011 - öffentlicher Teil
0579/2011**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Bereich Stadtentwicklung**
0555/2011
- 5.2 Frauenpolitische Informationen**
0576/2011
- 6 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030 - Vorabpräsentation**
0435/2011
- 7 Gewerbekonzept Bergisch Gladbach - Gewerbeflächen und Gewerbestandorte**
0433/2011
- 8 Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2010
- Wohnungsbauprogramm 2011
0509/2011
- 9 Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz**
0518/2011
- 10 Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011**
0526/2011
- 11 Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes**
- Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Stammtisch"
0529/2011
- 12 Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Finanzierung der Pflegeberatung**
0556/2011
- 13 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0557/2011
- 14 Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechts "Bergisch Gladbach - Gohrsmühle"**
0561/2011
- 15 Haushalt 2012 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0551/2011
- 16 Anträge der Fraktionen**

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung der Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sodann stellt die Vorsitzende die aus dem beigefügten Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtliche Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest und begrüßt Herrn Peter Tschorny als neues Ausschussmitglied. Die Vorsitzende verpflichtet Herrn Tschorny in feierlicher Form.

Herr Tschorny **beantragt**

die Vertagung der Tagesordnungspunkte 7 und 13,

die nachversandten Vorlagen hätten in der Kürze der Zeit nicht in der Fraktion abgesprochen werden können.

Frau Holtzmann weist auf den fristgerechten Eingang der Einladung und der Vorlagen sowie darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 13 lediglich unter dem Gesichtspunkt des Gendergedanken zu beschließen sei.

Herr Waldschmidt führt zu Punkt 7 aus, dass die CDU-Fraktion wie auch die SPD-Fraktion in der heutigen Sitzung keinen Beschluss fassen, andererseits aber die Chance der Präsentation und der anschließenden Diskussion nutzen wollten.

Herr Tschorny nimmt daraufhin den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 7 zurück.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung des verbleibenden Tagesordnungspunktes 13 abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden

Beschluss:

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Anschließend lässt die Vorsitzende über die Tagesordnung in der vorliegenden Form abstimmen.

Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB **wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.**

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 11.10.2011 - öffentlicher Teil**
0579/2011

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Die Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder aus gegebenem Anlass darum, ihre Handys zwecks Vermeidung von Störungen bei der Sitzungsaufnahme möglichst auszuschalten.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5.1. **Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Bereich Stadtentwicklung**
0555/2011

Frau Dr. Werheit macht noch einmal auf die in der Vorlage näher erläuterte Einladung zur morgigen Veranstaltung „Nachhaltiges Flächenmanagement“ im Rheinisch-Bergischen Kreis aufmerksam. Die Stadt Bergisch Gladbach sei Modellprojekt im RegioProjektCheck. In dem Zusammenhang werde von verschiedenen Institutionen im Auftrag der Bundesministerien ein Tool entwickelt, wie durch regionale Kooperation Prozesse erleichtert und effizienter durchgeführt werden können. Der Rheinisch-Bergische Kreis sei eine von zwei Modellregionen. Der morgige Workshop zum Thema Innenentwicklung stehe in Verbindung mit dem Handlungskonzept Wohnen, das auf Kreisebene in Kooperation mit allen Kommunen gemeinsam durchgeführt werde. Frau Dr. Werheit weist auf weitere geplante Werkstätten hin, z.B. zur interkommunalen Kooperation im Mai 2012 und zur nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung, die von RegioProjektCheck im September durchgeführt werde.

5.2. **Frauenpolitische Informationen**
0576/2011

Auf die Frage von Herrn Tschorny, ob und ggf. was gegen den geringen Frauenanteil an Führungspositionen in der Stadtverwaltung von 27 – 33 % unternommen werde, antwortet Frau Fahner, das Frauenbüro nehme an den Vorstellungsgesprächen teil und habe dort die Möglichkeit, eine von der Verwaltung abweichende Meinung zu vertreten, was im Hinblick auf die in vielen Fällen erzielte Einigkeit über die Stellenbesetzung eher selten vorkomme. In den verbleibenden Einzelfällen entscheide nach dem Landesgleichstellungsgesetz der Bürgermeister nach Vorliegen der abweichenden Meinung der Gleichstellungsbeauftragten. Die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach sei die einer beratenden Institution.

Auf Nachfrage von Frau Schneider kündigt Frau Fahner den nach dem Landesgleichstellungsgesetz vorgesehenen Zwischenbericht zum Frauenförderplan für Mitte 2012 an.

6. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030 - Vorabpräsentation
0435/2011

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Schulten, SSR-Schulten Stadt- und Raumentwicklung. Herr Schulten erläutert, Aufgabenstellung sei es vorrangig gewesen, die aktuell und künftig für Bergisch Gladbach relevanten Entwicklungen räumlich zu übersetzen und den Prozess für den neuen Flächennutzungsplan vorzubereiten, insbesondere die für den Flächennutzungsplan notwendigen Abwägungen und Diskussionen im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts voranzustellen. Sehr wichtig sei es gewesen, aus den in vielen kommunalen Handlungsfeldern geführten Gesprächen und den Analysen die für die räumliche Planung erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Bergisch Gladbach stehe wie fast alle anderen Kommunen vor vielfältigen Herausforderungen. Es seien spezielle Fragestellungen für Bergisch Gladbach festzustellen, wie einerseits die Lage in einer Metropolregion, in der noch Bevölkerungsgewinne verzeichnet werden, gleichzeitig aber auch die Konkurrenz zu vielen anderen Kommunen im Kölner Umland. Es gehe auch darum, künftig den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach weiter zu stärken, dies vor dem Hintergrund geringer Flächenpotenziale. Es gehe um Fragen wie neuer Wohnungsbau, Umgang mit Entwicklungen im Bestandsimmobilienmarkt, Erreichbarkeit, Verkehr, andererseits auch die Frage, welche Rolle der Verkehr für die Aufenthaltsqualität in der Stadt spiele. Ganz wesentlich sei auch das Thema der mehrpoligen Struktur von Bergisch Gladbach, insbesondere der Umgang mit den Zentren Stadtmitte und Bensberg als sehr entscheidende Stadtentwicklungsmerkmale. Auch knappe öffentliche Mittel versus zukünftige Handlungsfähigkeit und Umsetzung von im Stadtentwicklungskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen seien grundsätzliche Aspekte gewesen. Hierbei habe bewusst eine Konzentration auf Leitprojekte und Fokusthemen in der Stadtentwicklung von Bergisch Gladbach stattgefunden. Ein ganz besonderes Element sei der sehr umfangreiche und intensive Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bergisch Gladbach gewesen.

Herr Schulten zeigt die Zukunftskonferenz als ganz entscheidende Veranstaltung auf, im Rahmen derer zwei Tage lang mit 64 Personen unterschiedlichster Interessen insbesondere das Leitbild und auch erste Ziele diskutiert und entwickelt und darauf aufbauend verschiedene Fokusrunden zum Thema Mobilität, Freiraumentwicklung, Gewerbeentwicklung durchgeführt worden seien. In drei Fokusräumen in den Bereichen Schildgen/Paffrath, Bensberg/Refrath sowie Herkenrath sei im Rahmen von Planungswerkstätten mit Bürgerinnen und Bürgern über Perspektiven des Wohnens, Arbeitens und Lebens in diesen Teilräumen diskutiert worden. Ebenso sei mit der Verwaltung und mit dem Arbeitskreis Stadtentwicklung eine sehr intensive und fruchtbare Diskussion geführt worden.

Herr Schulten führt noch einmal die auch schriftlich vorliegenden Kernergebnisse auf: das räumliche Leitbild mit Orientierung an der bestehenden Siedlungsstruktur, aber auch, dass die Entwicklungen sich künftig auf den städtisch geprägten Teil Bergisch Gladbachs konzentrieren sollten mit Bensberg und Refrath wie auch Stadtmitte. Hier seien ganz klar die Qualitäten aufgrund der ÖPNV-Achsen nach Köln, in den dichteren Stadtbereichen auch die städtischen Qualitäten zu entwickeln. Auf der anderen Seite zeige das Leitbild sehr deutlich die Freiraumqualität im städtischen Kontext, die Bergisch Gladbach zu etwas ganz Besonderem mache und in der Region heraushebe. Mit dieser Stärke der vielschichtigen Qualitäten gelte es zu arbeiten. Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass Bergisch Gladbach auf einem hohen Niveau liege, was Qualität, Ausstattung und auch Perspektiven betreffe und dass daraus mehr noch für die Stadt herauszuholen sei.

Herr Schulten stellt die aus dem Prozess abgeleiteten Fokusthemen dar. Eine ganz besondere Empfehlung für Bergisch Gladbach sei es, sich mit den Wohnqualitäten auseinanderzusetzen, vielfältige Wohnqualitäten in direkter Nähe zu Köln zum einen zu nutzen, aber auch ganz gezielt mit neuen Qualitäten zu ergänzen. Ein zentrales Thema sei Bergisch Gladbach als Wirtschafts- und Wissensstandort, aber auch die Themen Mobilität und die Naherholungsmöglichkeiten und Freiraumangebote. Als letztes Fokusthema sei die Umsetzung von vorgeschlagenen Maßnahmen, und die zukünftige Profilierung Bergisch Gladbachs zu nennen.

Zunächst führt Herr Schulten zum Fokusthema **Wohnqualitäten** in Bergisch Gladbach aus. Vor dem Hintergrund, dass sich die Anforderungen an das Wohnen sehr stark änderten – Stichworte seien Doppelerwerbshaushalte, Ganztagsangebote für Familien, Kosten des Wohnens – sei nicht mehr für alle das Eigenheim mit großem Garten das angestrebte Ziel. Für Bergisch Gladbach sei es neben den Fragen der Neubauentwicklung künftig ganz wesentlich, die starke Wohnungsbestandsentwicklung insbesondere im nordwestlichen Teil um Schildgen herum, in dem sich ein Generationswechsel andeute, als Potential einzubeziehen. Zukunftsaufgaben für Bergisch Gladbach seien die Entwicklung von Instrumenten zur Bestandsorientierung in der Innenentwicklung und bei den Standorten, die städtische Qualitäten wie die Nähe zu Arbeitsplätzen, Versorgungsinfrastrukturen, ÖPNV böten, diese auch zu aktivieren, d.h. hier auch gehobene Eigentumswohnungen, Stadthäuser anzubieten. Wegen der festgestellten West-Ost-Wanderung, d.h. von Köln nach Bergisch Gladbach, sei zielgruppenorientiertes Baulandmanagement ein ganz wichtiges Thema. Auch Bergisch Gladbacher Einwohner folgten dem Grundstückspreisgefälle in Richtung Osten. Es gelte insbesondere Bergisch Gladbacher Familien mit gezielten Angeboten in ihrer Stadt stärker zuzusprechen.

Zum Fokusthema **Mobilität** seien aus Bergisch Gladbach selbst wie auch aus dem Umland sehr starke Pendelbewegungen nach Köln und von Köln zurück festzustellen, wobei das Verkehrsnetz betreffend vielfach bereits Grenzen erreicht und Ausbaupotentiale aufgrund der Raumstruktur kaum vorhanden seien. Die bedeute, dass man sich in Bergisch Gladbach mit der Verkehrsentwicklung als Schlüsselthema sehr intensiv auseinandersetzen müsse, zum einen hinsichtlich des Standortfaktors für Unternehmen wie auch hinsichtlich des Wohnens. Ein ganz wesentliches Element sei die Nahmobilität, wenn es um die Stadt der kurzen Wege gehe. Die polyzentrale Struktur in Bergisch Gladbach mit kleineren Zentren und Nahversorgungsangeboten stelle eine große Chance dar, den Fuß- und Radverkehr stärker zu berücksichtigen. Dies sei auch als Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in allen Planungswerkstätten genannt worden. Sehr starke Verkehrsbelastungen wirkten sich auch negativ auf die Wohnungswirtschaft aus. Herr Schulten spricht Lösungsansätze wie verkehrsberuhigte Bereiche und als perspektivische Idee eine stärkere Kooperation auch mit Köln wegen teilweise gegebener Fahrradentfernungen an. Beispielsweise mit Fahrradautobahnen könnten solche Potenziale geschöpft werden.

Zum Thema **Wirtschafts- und Wissensstandort** weise Bergisch Gladbach auf der einen Seite international erfolgreiche Unternehmen auf. Andererseits gebe es einen Bedarf an neuen Gewerbegebieten. Dies sei auch eine zentrale Aufgabe des Stadtentwicklungskonzepts in der Kooperation mit dem Büro Planquadrat gewesen. Bergisch Gladbach verfüge über eine sehr stark industriell geprägte Flächenstruktur, die nur wenige moderne oder hochwertige Dienstleistungsstandorte in Form von Adressen anbiete, beispielsweise derzeit insbesondere den Technologie-Park in Moitzfeld. Es gehe in Zukunft nicht nur darum, neue Gewerbeflächen zu aktivieren, sondern entscheidend auch darum, bestehende Standorte umzuentwickeln, nachzunutzen, aber auch Profile herauszubilden und entsprechende Adressen, ein hochwertiges Umfeld darzustellen, vor dem Hintergrund, dass der Trend immer stärker Richtung Dienstleistungsstandort gehe. Ein weiteres wesentliches Thema sei es, Wirtschaftsförderung als Begleitung von Unternehmen zu betreiben und stärker auf Beratung und Serviceleistung sowie

Vernetzungsleistungen zu setzen, was auch Ressourcen für die Beratungsleistungen erfordere. Die stärkere Auseinandersetzung mit Miet- und Büroangeboten an vorhandenen Standorten in Stadtmitte sei eine Anregung aus der nach der Zukunftskonferenz entstandenen Runde der Gewerbetreibenden gewesen.

Zum Fokusthema **Naherholungsmöglichkeiten** stellt Herr Schulten die Schaffung attraktiver Übergänge der Stadtteile in den Freiraum als ganz wesentliches Element dar. Es sei ein Markenzeichen für Bergisch Gladbach, hier Freiraum nicht nur als Grün im Umland zu verstehen. Vorhandene Ansätze im Rahmen der Regionale seien auf jeden Fall weiter zu verfolgen. Es seien aber auch die Themen Naherholung und Tourismus zu verknüpfen. In den Planungswerkstätten seien Freizeit-, Spiel- und Sportangebote im Freiraum ohne Vereinszugehörigkeit häufig als Wunsch genannt worden.

Zum Fokusthema **Kooperation und Profilierung** weist Herr Schulten zunächst auf das Mitwirken der in Bergisch Gladbach hoch motivierten Bürgerschaft hin. In allen Veranstaltungen sei eine große Bereitschaft signalisiert worden, sich einzubringen. Diese bei der gemeinsamen Umsetzung der Stadtentwicklungsmaßnahmen verstärkt zu nutzen, regt Herr Schulten an. Auch eine finanzielle Beteiligung an qualitätssteigernden Maßnahmen sei positiv aufgenommen worden. Klar sei, dass die dargestellten Aufgaben nicht allein aus kommunalen Mitteln bezahlt werden könnten.

Herr Schulten stellt die aus der beigelegten Präsentation detailliert ersichtlichen Zielaussagen für die Stadtbezirke

- 1 - Schildgen, Katterbach, Paffrath, Hand, Nussbaum
- 2 - Stadtmitte, Hebborn, Gronau, Heidkamp
- 3 - Romaney, Herrenstrunden, Sand
- 4 - Herkenrath, Asselborn, Bärbroich
- 5 - Bensberg, Moitzfeld, Bockenbergrath, Kaule, Lückerrath
- 6 - Refrath, Lustheide, Frankenforst, Kippekausen, Alt-Refrath

dar.

Abschließend weist Herr Schulten in Erledigung einer anlässlich seines letzten Vortrages in diesem Ausschuss geäußerten Bitte auf die Zusammenfassung der 8 Leitprojekte hin:

- Integrierter Verkehrsentwicklungsplan
- Integrierter Rahmenplan Benberg
- Aufwertung und Aktivierung bestehender Gewerbepotenziale
- Sicherung und Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten
- Integrierte Machbarkeitsstudie „Dienstleistungs- und Wissensstandort Stadtmitte“
- Quartierskonzepte für gefährdete Wohngebiete
- Entwicklung von Instrumenten zur verstärkten Bestandsorientierung und Innenentwicklung
- „Update your City“ – „Identitätskampagne“ für Bergisch Gladbach

Die Vorsitzende bedankt sich auch im Namen der Ausschussmitglieder für den hochinteressanten Vortrag.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass hinsichtlich der für die Stadtmitte vorgeschlagenen Attraktivierung im Bereich der Gewerbeflächen die im Arbeitskreis Stadtentwicklung

angesprochene zentrale Verkehrsproblematik im Konzept nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

Herr Dr. Karich schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt an. Er hätte sich gewünscht, dass der Integrierte Verkehrsentwicklungsplan an zentraler Stelle stehe und die Entwicklung der verschiedenen Teilräume sich daran orientiere.

Frau Schundau weist auf die Notwendigkeit hin, im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan im Sinne der angestrebten intelligenten Mobilität neben dem PKW-Verkehr ganz gezielt auch die anderen Verkehrsmittel zu berücksichtigen.

Herr Dr. Bernhauser ist der Meinung, mit den fünf Schwerpunktthemen des Konzepts seien alle zentralen Themen angesprochen, wobei Detailfragen in den jeweiligen Fachausschüssen noch zu klären seien.

Herr Schulten antwortet auf Herrn Waldschmidts Frage, das Thema Verkehrsentwicklungsplan sei im Arbeitskreis oft diskutiert worden, doch sei es nicht Gegenstand des Auftrages gewesen, einen Verkehrsentwicklungsplan zu erarbeiten. Gleichwohl stehe dieses Thema ganz oben in der Priorität. Die Frage der Verkehrsführung und des Netzausbaus müsse in der Gesamtheit mit den anderen vorgetragenen Aspekten, beispielsweise den Gewerbestandorten, gesehen werden. Was den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen angehe, sei die Grenze des Machbaren in vielen Bereichen erreicht, es werde keine Möglichkeit z.B. für die Entwicklung einer Umgehungsstraße gesehen. Deshalb sei bewusst die Darstellung Bergisch Gladbachs als Stadt der kurzen Wege gewählt worden. Diese Qualität der Vielpoligkeit könne in Verbindung mit innerstädtischem Kurzstreckenverkehr ein Potenzial zum Lösungsansatz sein. Gerade Fuß- und Radverkehre seien in den Werkstätten u. a. zuerst genannte Themen gewesen. Herr Schulten führt weiter aus, die Verkehrsentwicklung sei aus seiner Sicht für Bergisch Gladbach ein so wichtiges Thema, dass es ein separat zu erarbeitendes Konzept über alle Verkehrsträger hinweg erfordere.

Herr Waldschmidt macht darauf aufmerksam, dass auch für den von Herrn Schulten genannten Schwerpunkt der bestehenden Gewerbestandorte zu beachten sei, dass potentielle Unternehmer bei einer dreiviertelstündigen Anfahrt von der Autobahn beispielsweise zur Zinkhütte nicht mehr an anderen Standortfaktoren interessiert seien. Es habe sich im Arbeitskreis Stadtentwicklung herausgestellt, dass es Immobilien und Standorte gebe, die nicht reaktiviert werden könnten, wenn die verkehrliche Zuwegung dort nicht wesentlich verbessert würde. Diese Problematik müsse gelöst werden.

Herr Schulten stimmt Herrn Waldschmidt zu, dass die Verkehrsentwicklung eine Rolle spiele, die Entwicklung des Autobahnzubringers sei in der Diskussion auch weiterhin angesprochen worden, aus der Erfahrung in anderen Städten warne er aber davor, darin ein Allheilmittel zu sehen.

Daneben sei auch die Frage der Finanzierung ungeklärt.

Frau Dr. Werheit macht auf die wichtige Botschaft aufmerksam, sehr viel differenzierter zu prüfen, welche zu schöpfenden Potenziale und Qualitäten in anderen Gewerbegebieten in Bergisch Gladbach vorhanden seien und mit dem Ergebnis aktiv umzugehen.

Herr Schmickler weist hinsichtlich der Zusammenhänge darauf hin, dass bei verstärkter Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel z.B. die Ortsdurchfahrt Refrath entlastet und damit der LKW-Verkehr von der Autobahnausfahrt Refrath in die Stadtmitte beschleunigt werden könne. Von solchen Wechselwirkungen könne auch das Gewerbe profitieren.

Frau Dr. Werheit weist auf die als Tischvorlage auf den Plätzen ausliegenden Austauschkarten (*Anlage*) hin.

Auf Nachfrage von Herrn Tschorny berichtet Frau Dr. Werheit, dass die heutige Präsentation durch den Gutachter bekanntlich die einzige sein werde. Frau Dr. Werheit kündigt an, sie werde bei den mitberatenden Ausschüssen selbstverständlich für Rückfragen zur Verfügung stehen. Weitere Gesprächstermine mit dem Gutachter seien kostenmäßig nicht abgedeckt.

Die Präsentation des Büros SSR-Schulten Stadt- und Raumentwicklung ist als *Anlage* der Niederschrift beigelegt.

7. Gewerbekonzept Bergisch Gladbach - Gewerbeflächen und Gewerbestandorte *0433/2011*

Frau Holtzmann begrüßt Herrn Dr. Bonny von Planquadrat Dortmund, der mittels einer Präsentation (*Anlage*) die Ergebnisse der Untersuchung vorstellt.

Herr Dr. Bonny erläutert, Zielsetzung der Untersuchung sei es, eine Dimensionierung der gewerblichen Bauflächen und der damit zusammenhängenden Fragestellungen für den Flächennutzungsplan vorzubereiten und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Dr. Bonny führt aus, zunächst sei der Gewerbebestand untersucht, dann eine Prognose für den Zeitraum von 15 Jahren erstellt und letztlich die Strategie der Flächenentwicklung erarbeitet worden.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme seien alle im Flächennutzungsplan dargestellten Gewerbeflächen und einige ausgewählte Mischgebiete vor Ort auf ihre Nutzung geprüft worden. Anhand des Beispiels Kradepohl zeigt Herr Dr. Bonny die umfangreiche Legende auf, nach der die Daten erhoben wurden. Insgesamt seien 53,2 Hektar ungenutzte gewerbliche Bauflächen im Bebauungsplangebiet ermittelt worden, differenziert nach Nutzungen nach §§ 8 und 9 Baunutzungsverordnung mit 52 %, ungenutzten Flächen mit 20 % und restlichen Flächen unterschiedlichster Nutzungen wie Einzelhandel, Freizeit, Kfz-Handel usw. Es sei nicht erforderlich, dass letztere ihre Standorte in gewerblichen Bauflächen hätten.

Es gebe viele unbebaute Gewerbeflächen, über die die Stadt zum großen Teil nicht verfügen könne, da es sich um private Flächen handelte. Eine bei verschiedenen Flächen noch zu diskutierende Erschließung sei eher selten ein Hindernis.

Herr Dr. Bonny berichtet, die Frage der Notwendigkeit weiterer gewerblicher Bauflächen richte sich nach der betrieblichen Nachfrage. Die aus der Literatur ersichtlichen Analysen und die in Bergisch Gladbach durchgeführte Befragung ließen deutlich erkennen, dass Betriebe im Falle des Erfolges und des Wachstums gewerbliche Bauflächen nachfragten, wenn die Kapazitätsgrenzen erreicht worden seien. Darüber hinaus könne der aktuelle Unternehmensstandort beispielsweise durch heranrückende Wohnbebauung, aber auch durch internen technischen Wandel, durch andere Produktionskonzepte oder auch Mängel in der Infrastruktur in Frage gestellt werden.

Zur Ermittlung des Bedarfs durch die Unternehmen in Bergisch Gladbach sei zunächst die Möglichkeit der Extrapolation der Baufertigstellungen herangezogen worden auf der Grundlage der Statistik der Bauabnahmen durch die Bauaufsicht. Die Prognose berücksichtige die Nachfrage von Neugründungen, Neuansiedlungen und innerörtlichen Verlagerungen aus den zuvor genannten Gründen. Schließlich seien die Unternehmen mittels Fragebögen befragt und aufgrund der Auswertung der Ergebnisse geplante innerörtliche Verlagerungen erfasst worden. Nach der Baufertigstellungsstatistik der letzten 15 Jahre ergebe sich für die nächsten 15 Jahre etwa ein Bedarf von 18 Hektar. Auf der Grundlage der ökonomischen Daten ergebe sich jedoch ein größerer Bedarf von ungefähr 20 Hektar.

Aus der Bilanz sei ersichtlich, dass von den ermittelten Reserveflächen mit 53,2 Hektar knapp 7 Hektar entfielen, über die die Stadt verfügen könne, daneben seien die privaten Flächen mit 15,4 Hektar und betriebsgebundene Flächen mit 14,4 Hektar ermittelt worden. Lediglich hinsichtlich der städtischen Flächen bestehe die Erwerbsmöglichkeit für interessierte Unternehmen zu 100 %, private Flächen seien schwieriger zu erwerben, man könne von einem Erfahrungswert von etwa 30 % ausgehen, bei den betriebsgebundenen Flächen von etwa 5 %. Im Ergebnis komme man auf etwa 12 vorhandene Hektar, dem ein Bedarf von 20 Hektar gegenüberstehe. Hinsichtlich der fehlenden rund 8 Hektar könne die konventionelle Standardlösung der Neuentwicklung von Flächen oder die Erhöhung der Verfügbarkeit bei den privaten und betriebsgebundenen Flächen ins Auge gefasst werden. In der systematischen Bearbeitung für die Neuentwicklung von Flächen seien alle nicht bebauten Flächen, die keine Wasserflächen, keine Naturschutzflächen usw. seien, auf ihre Eignung

zur gewerblichen Nutzung geprüft worden. Von den so ermittelten 12 Standorten seien nach einer differenzierteren Bewertung 6 Standorte mit der prinzipiell notwendigen Qualität verblieben. Ausschlusskriterien seien u. a. entfernte Lagen, zu geringe Größen und ein zu aufwändiger Erschließungsaufwand gewesen. Herr Dr. Bonny berichtet, letztlich seien aber nur die Standorte 7 und 11 gegenwärtig in einer Qualität, mit der man sich im regionalen Wettbewerb durchsetzen könne. Neue Gewerbeflächen entwickelten sich jedoch nicht über Nacht, sie erforderten vielmehr einen erheblichen finanziellen und administrativen Aufwand. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten in Bergisch Gladbach erfülle das mögliche Angebot zudem nicht alle Anforderungen, weshalb es wichtig sei, die bestehenden Gewerbeflächen tatsächlich zu nutzen, d. h. die gegebenen Gewerbestandorte weiter zu entwickeln und zu modernisieren. Dadurch entstehe die Notwendigkeit einer Gewerbeumfeldverbesserung durch die Eigentümer und die Nutzer. Die Kommune könne das Vorgehen unterstützen, insbesondere durch verstärkte Informationsangebote. Im Laufe der Jahre sei ein Gewerbeflächen-Monitoring erforderlich als Grundlage für präzisere planerische Festsetzungen durch die Stadt, so dass auch Fremdnutzungen eingeschränkt oder verhindert werden könnten.

Als Schlussbilanz seien ca. 28 Hektar an neuen Flächen durch die beiden Gewerbegebiete und etwa 12 Hektar durch die konservativ geschätzten mobilisierbaren Reserven ermittelt worden. Damit stünde ein Angebot von 40 Hektar einer Nachfrage von 20 Hektar gegenüber, wobei der großzügige Spielraum auch mögliche problematische Entwicklungen abdecke.

Mit der Bereitstellung dieser gewerblichen Bauflächen sei aber nur einen Teil der notwendigen Bedingungen für wirtschaftliche Entwicklung erfüllt. Bezug nehmend auf den von Herrn Schulten bereits angedeuteten Aspekt, dass es neben dem klassischen Handwerk immer mehr kleine hochtechnologische Betriebe mit einer oft stärker akademisch gebildeten Belegschaft gebe, was zu veränderten Anforderungen hinsichtlich des Lebensstils führe, könne es für Bergisch Gladbach auf Dauer problematisch werden, qualifiziertes Personal zu akquirieren. Es sei deshalb die Berücksichtigung der Ergebnisse des Stadtentwicklungskonzepts für Bergisch Gladbach ebenso wichtig wie die Bereitstellung der Gewerbeflächen.

Frau Holtzmann bedankt sich bei Herrn Dr. Bonny auch im Namen der Ausschussmitglieder.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, der Stadtentwicklungsausschuss sei sich nach seiner Erinnerung darüber einig gewesen, dass Gewerbe vorrangig unmittelbar an der A4 und an der Achse Moitzfeld-Herkenrath angesiedelt werden solle, um nicht weiteren Verkehr zu erzeugen. Die in der Untersuchung vorgenommene Gewichtung sei nach seiner Auffassung in Anbetracht der Verkehrssituation in Bergisch Gladbach nicht nachvollziehbar. Die wissenschaftliche Erarbeitung berücksichtige wahrscheinlich die besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bergisch Gladbach nicht. Herr Dr. Bonny berichtet, die Gewichtung sei im Laufe der Jahre aus Erfahrung entstanden und stimme auch mit der Realität überein. Gewichte man die Entfernungen zur Autobahn viel stärker, entstehe die Situation, dass z.B. zu kleine und zu unwirtschaftliche Flächen entwickelt würden, weil das Gewicht des Autobahnanschlusses alle anderen Faktoren substituieren. Es müsse immer ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen essenziellen Faktoren gehalten werden. Daraus ergebe sich eine Linie, an der entlang man sinnvoll diskutieren könne. Herr Dr. Bonny ist der Auffassung, der unterbreitete Vorschlag beruhe auf guten Erfahrungen, die zu vernünftigen Ergebnissen führten.

Herr Schmickler merkt an, dass die vorliegenden Fachgutachten letztlich eine Diskussionsgrundlage für die Aufgabe des Stadtrates seien, in Zusammenarbeit mit Planungsfachleuten und der Stadtverwaltung die gegebenen Empfehlungen sinnvoll in den Flächennutzungsplan einzubringen. Die von Herrn Waldschmidt beschriebene Besonderheit ergänze er um die Besonderheit, dass die verfügbaren Flächen aufgrund der Raumstrukturen relativ klein seien.

Frau Schundau vermisst in der Untersuchung differenzierte Informationen zum Branchenprofil, die unter Umständen den Aspekt der Anbindung an die Autobahn relativierten.

Herr Dr. Bonny bestätigt diese Aussage. Durch die Befragung sei auch das Spektrum der Bergisch Gladbacher Betriebe in Augenschein genommen worden. An der Entwicklung der letzten 20 Jahren sei erkennbar, dass auch angesichts der Verkehrssituation von den Unternehmen in der Abwägung immer ein Kompromiss gefunden wurde. Es gebe viele Möglichkeiten, wie Unternehmen ungünstige Verkehrssituationen kompensierten, es gebe aber wegen sich verändernder Bedingungen keine Patentlösung.

Frau Dr. Werheit weist ergänzend darauf hin, dass nach den Untersuchungsergebnissen ein großes Entwicklungspotenzial im Bereich der Bestandsflächen gesehen werde, beispielsweise im Dienstleistungsbereich. Deshalb habe man sich bei der Untersuchung auf die Flächen konzentriert, die für die klassischen emittierenden Betriebe erforderlich seien. Die von Herrn Dr. Bonny gegebene Empfehlung sei auch die Konzentration auf Potenziale in den vorhandenen Beständen. Zu beachten sei auch die eindeutige Empfehlung, die Potenziale im Zusammenspiel von Gewerbekonzept und Stadtentwicklungskonzept zu nutzen, um die wenigen in Bergisch Gladbach überhaupt noch verfügbaren Flächen für die Betriebe vorzuhalten, die auf die emissionskonfliktträchtigen Flächen angewiesen seien.

Herr Dr. Bernhauser sieht bei strategischer Betrachtung das Erfordernis, dass geeignete Gebiete nicht durch Fremdnutzung an Eignung verlören und damit neue Konfliktpotenziale aufgebaut würden. Es komme nicht nur darauf an, neue Flächen zu erschließen, sondern auch bestehende zu betrachten und weiter zu qualifizieren. Natürlich müsse auch die wirtschaftliche Entwicklung, die Konkurrenz der Nachbarkommunen und die Verkehrssituation im Auge behalten werden.

Herr Dr. Bonny führt ergänzend zu seinem Vortrag aus, dass ein Ergebnis der Fragebogenauswertung gewesen sei, dass 35 % der Unternehmen bei einer Verlagerung die Nähe zum vorhandenen Standortes wählen würden, während die Bedeutung des Autobahnanschlusses von den Unternehmen mit etwa 18 % gewichtet wurde. Daran werde die geringere Bedeutung des Autobahnanschlusses erkennbar.

Herr Dr. Karich macht auf die Aussage von Herrn Dr. Bonny aufmerksam, dass ein großer Teil der Infrastrukturaufgaben der Stadt Bergisch Gladbach durch die Stadt Köln bereits erledigt sei. Dies sei nach seiner Meinung ein herauszuarbeitender wichtiger Punkt für die zukünftige Gewerbeansiedlung. Herr Dr. Bonny bestätigt dies.

Herrn Waldschmidt stellt den unter dem Tagesordnungspunkt 1 angekündigten **Antrag**,

den Tagesordnungspunkt in die kommende Sitzung zu vertagen.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

**Der Tagesordnungspunkt wird in die Sitzung des ASSG
am 26.01.2012 vertagt.**

**8. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2010
- Wohnungsbauprogramm 2011
0509/2011**

Herr Waldschmidt weist auf den von Jahr zu Jahr sinkenden Anteil an Sozialwohnungen hin. Bekannt sei auch, dass in den kommenden Jahren ein erheblicher Anteil von Wohnungen aus der

Sozialbindung herausfalle. Dem stehe ein ständig erhöhter Bedarf an preisgünstigem, insbesondere auch barrierefreiem Wohnraum entgegen, d.h. die Situation werde sich in diesem Segment verschärfen. In diesem Zusammenhang zeige sich, wie wichtig die Arbeit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft sei, ohne die sich die Problematik noch wesentlich massiver darstelle.

Herr Tschorny fragt nach, wie man dem entgegenwirken wolle, dass im Zuge des demografischen Wandels in Zukunft immer weniger Familien und junge Leute in Bergisch Gladbach lebten und ob etwas für bezahlbaren Wohnraum für Familien getan werde.

Herr Schmickler antwortet, er gehe davon aus, dass auch zukünftig seitens der Stadt Bergisch Gladbach keine primären Instrumente zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt würden. Dies lasse auch die Haushaltssituation zu seinem Bedauern nicht zu.

Herr Schmickler führt weiter aus, bei der Baulandentwicklung habe man sich sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, welche Wohnformen in welchen Stadtteilen Chancen hätten.

Selbstverständlich würden die daraus gewonnenen Erkenntnisse bei der bauleitplanerischen Tätigkeit der Stadt genutzt, d.h. möglichst neue Quartiere zu entwickeln, aber auch alte Quartiere mit diesen Zielsetzungen ggf. in den Qualitäten zu bewahren und zu stärken. Ansonsten handele es sich um eine ganz wesentliche Aufgabe im Bereich der sozialen Wohnraumförderung auf Landesebene. Die Förderinstrumente im Hinblick auf die von Herrn Waldschmidt und Herrn Tschorny angeführten Aspekte seien in den vergangenen Jahren sukzessive weiterentwickelt worden und heute beispielsweise viel stärker bestandsorientiert. Das mit einem starken Schwerpunkt bestandsorientierte Programm stelle Barrierefreiheit, energetische Sanierung und ähnliche Aspekte in den Vordergrund, die auch Familien oder wirtschaftlich schwachen Personenkreisen zugute kämen. Das Programm beziehe inzwischen auch gewisse städtebauliche Gesichtspunkte in die Fördertatbestände ein, die Wohnumfeldqualitäten im sozialen wie im „grünen“ Bereich berücksichtigten. Für diese Angebotsprogramme stelle das Land entsprechende Mittel zur Verfügung, deren Nutzung durch Bauherren oder Eigentümer seitens der Stadt nicht beeinflusst werden könne. Herr Schmickler geht davon aus, dass der Markt zukünftig auf diese Aspekte viel sensibler reagieren werde. Nicht in der genannten Art und Weise qualifizierte Gebäude seien in Zukunft wesentlich schwieriger zu vermarkten.

9. Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz
0518/2011

Frau Schundau drückt ihr Erstaunen darüber aus, dass der Beschlussvorschlag die endgültige Aufhebung der Förderzwecke vorsehe, wohingegen im Rat, im JHA und im ASSG beschlossen worden sei, es solle der bisher begünstigte Personenkreis und der Förderzweck weiter möglich sein.

Auch Herr Waldschmidt sieht den damals gestellten Prüfauftrag nicht als abgearbeitet an, **beantragt** aber im Hinblick darauf, dass eine Entscheidung erst nach Vorliegen der wesentlichen Haushaltsdaten beschlossen werden könne,

die Vertagung des Tagesordnungspunktes in die kommende Sitzung des ASSG.

Herr Tschorny beantragt, der Ausschuss solle den Beschluss fassen, die Vorlage der Verwaltung zurückzuweisen und auf den Prüfauftrag des Stadtrates zu verweisen. Die im Ratsbeschluss formulierte Frage sei nicht gewesen, ob, sondern wie die Richtlinien auszugestalten seien. Die beiden Varianten „Personenkreis und Leistungen“ der bisherigen Richtlinien sowie „Personenkreis und Leistungen“ nach dem Vorbild eines Kölnpasses seien gegenübergestellt, aber im Ergebnis nicht mehr differenziert worden, was zu einem falschen Schluss geführt habe. Die Stadtverwaltung sei dem Auftrag daher nicht nachgekommen.

Herr Hastrich widerspricht dem und führt unter Hinweis auf die Sachdarstellung der Vorlage weiter aus, schon bei der Erteilung des Prüfauftrages sei darauf hingewiesen worden, dass die Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten sehe, neue Förderzwecke oder alte Förderzwecke mit den verfügbaren Haushaltsmitteln darzustellen. Das Ergebnis der Prüfung sei, dass alle eingereichten Vorschläge und Anregungen einen Mehraufwand an Haushaltsmitteln bedeutet hätten, um die genannten Zwecke tatsächlich bedienen zu können.

Herr Dr. Bernhauser stimmt unter Hinweis auf die notwendige Finanzierbarkeit dem von Herrn Waldschmidt gestellten Vertagungsantrag unter der Prämisse zu, dass die ersatzweise für die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets fehlenden Leistungen für Asylbewerber - gemäß Satz 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung - weiterhin zur Verfügung gestellt würden.

Herr Tschorny erklärt, auch seine Fraktion stehe hinter Punkt 1 des vom Rat gefassten Beschlusses, wiederholt im Übrigen aber seine zuvor gemachten Ausführungen.

Zur Finanzierbarkeit weist Herr Tschorny darauf hin, laut Aussage von Herrn Mumdey in der Jugendhilfeausschusssitzung am 04.10. stehe es dem Rat frei, knapp 33.000 € für einen neuen Zweck zu beschließen. Die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung sehe aber vor, die übrigen Förderzwecke endgültig aufzuheben. Nach dem bisherigen Informationsstand müsse deshalb erneut auf die Erledigung des Prüfauftrags verwiesen werden.

Herr Hastrich bezieht sich auf diesen Prüfauftrag, der nach dem Verständnis der Verwaltung in Form der vorliegenden Sachdarstellung als Entscheidungsgrundlage für einen zu fassenden Beschluss erledigt worden sei. Hierbei sei schlüssig das Zahlenwerk verwendet worden, das zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung vorgelegen habe.

Herr Dr. Karich schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Bernhauser an, Satz 1 des Beschlussvorschlages beizubehalten. Im Übrigen sei ihm ein extremes Missverhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und den gewährten Vergünstigungen aufgefallen, was auf eine Ineffizienz des Verfahrens hindeute. Er regt an, die Verwaltung möge bei zukünftigen Diskussionen dieser Art die Effizienz in einer Art Pareto-Diagramm darstellen, vorliegend in welcher Abstufung möglicherweise effiziente Vergünstigungen gewährt werden könnten.

Herr Waldschmidt und anschließend Herr Tschorny weisen darauf hin, dass die Stadtverwaltung auch die Möglichkeit der Beteiligung der Anbieter von Leistungen an die Bedürftigen, die Verbände, berücksichtigen solle. Herr Tschorny führt weiter aus, entsprechende Vorschläge seiner Fraktion seien scheinbar in der Vorlage nicht aufgegriffen worden. Bezüglich der für den Löwenpass bereitzustellenden Haushaltsmittel liege es im Übrigen nur am politischen Willen, einen Löwenpass haben zu wollen, es müsse überlegt werden, wie die Richtlinien entsprechend Punkt 3 der in den letzten Ausschüssen gefassten Beschlüsse ausgestaltet werden könne. Anschließend könne dann die Finanzierung haushaltsplanmäßig beraten werden.

Herr Theisen macht darauf aufmerksam, nach seiner Meinung sei der auf Seite 48 der Einladung unten aufgeführte Personenkreis „Personen mit Schwerbehindertenausweis“ zu weit gegriffen bzw. nicht definiert. Momentan berechtige ihn der Schwerbehindertenausweis nicht zu einem vergünstigten Theaterbesuch. Voraussetzung hierfür sei, dass er einen Ausweis habe, der eine Begleitperson vorsehe. Herr Theisen hält eine Aufschlüsselung für sinnvoll, was hier mit Schwerbehindertenausweis gemeint sei.

Herr Hastrich antwortet, die frühere Richtlinie habe vorgesehen, dass Inhaber des Schwerbehindertenausweises Vergünstigungen wie andere Sozialleistungsbedürftige erhielten. Fremdfinanzierte Leistungen seien in den Richtlinien nicht vorgesehen, weil es nicht Aufgabe des Rates sei zu beschließen, dass Dritte Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen vorhalten müssen.

Die Vorsitzende macht Herrn Tschorny auf die Möglichkeit der erneuten Beratung und Antragstellung nach Vorliegen der Haushaltsdaten in der kommenden Sitzung aufmerksam.

Die Vorsitzende lässt über den eingangs von Herrn Waldschmidt gestellten Vertagungsantrag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

**Der Tagesordnungspunkt wird in die Sitzung des ASSG
am 26.01.2012 vertagt.**

**10. Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011
0526/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. (*Anl. TV Vorabauszug JHA 15.11.11*)

**11. Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
- Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Stammtisch"
0529/2011**

Herr Hastrich weist darauf hin, der Integrationsrat habe sich bereits mit der Vorlage befasst und einstimmig bei einer Enthaltung die Weiterförderung des Projektes empfohlen (*Anlage: Vorabauszug*).

Frau Schneider hält diesen Beschluss für eine vernünftige Entscheidung. Frau Schmidt-Bolzmann fragt, was das Wort „Stubos“ bedeute (*red. Anmerkung: s. Seite 10 des Fax-Anhangs der Vorlage. Antwort: „StuBOs“ bedeutet Studien- und Berufsorientierungskordinator*). Auf weitere Anfrage von Frau Schmidt-Bolzmann führt Herr Hastrich aus, dass es sich bei der Förderung des Integrationskonzeptes und der Förderung der Seniorenbegegnungsstätten um völlig unterschiedliche Mittel auf unterschiedlichen Haushaltsstellen handele. Die Förderung des Integrationskonzeptes sei auf 50.000 € beschränkt. Eine Mehrausgabe in Höhe von 6.000 € in diesem Rahmen für das Projekt „Ex-Azubi-Stammtisch“ bewirke eine Reduzierung der Mittel für andere Aufgaben der Integrationsarbeit, jedoch in keiner Weise eine Mittelreduzierung für die Seniorenarbeit. Die Differenz in Höhe von 6.000 € für 2012 gegenüber dem laufenden Jahr erkläre sich im Wesentlichen daraus, dass die Bundesregierung entschieden habe, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. Durch geringfügig erhöhte kommunale Mittel und den Einstieg des Kreises in das Projekt könne hier eine Lösung gefunden werden.

Auf Anfrage von Frau Schundau berichtet Herr Hastrich, es gebe eine ganze Reihe von Übergangprojekten Schule/Beruf, vorliegend gehe es gezielt um ein Projekt für die Gruppe jugendlicher Migranten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion den **Beschluss:**

Der geplanten Weiterführung des Projektes wird vorbehaltlich der Finanzierung zugestimmt.

12. Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Finanzierung der Pflegeberatung

0556/2011

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und für den Rat:

Die HSK-Maßnahmen 5.520.3 b und c „Reduzierung der Geschäftsausgaben“ und "Rückübertragung der Pflegeberatung an den Rheinisch-Bergischen Kreis" wird aufgehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kündigung der Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zurückzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis weiter zu verhandeln um die Pflegeberatung bedarfsgerecht auszugestalten und dauerhaft angemessen zu refinanzieren.

13. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege

0557/2011

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann ausschließlich hinsichtlich der Gendergesichtspunkte beraten werde.

Herr Waldschmidt schlägt vor, entsprechend lediglich zu beschließen, dass aus Gendergesichtspunkten keine Bedenken gegen die Richtlinien bestünden.

Herr Dr. Bernhauser und Frau Schundau schließen sich diesem Vorschlag an.

Frau Schneider merkt an, dass die Kindertagespflege in den früheren Sitzungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann wiederholt als sehr wichtige Aufgabe angesehen wurde, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Auch habe immer ein Einvernehmen darüber bestanden, dass die Bezahlung der Tagespflegepersonen zu niedrig angesetzt sei, weshalb zumindest der in der Vorlage dargestellten kleinen Anhebung der Entgelte unbedingt zuzustimmen sei.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB den **Beschluss**:

Aus Gendergesichtspunkten wird dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

14. Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechts "Bergisch Gladbach - Gohrsmühle"

0561/2011

Herr Dr. Bernhauser bedauert einerseits, dass die Politik gezwungen sei, einen solchen Satzungsbeschluss zu fassen, angesichts der derzeitigen Lage von M-real gebe es andererseits keine andere Möglichkeit, als das Vorkaufsrecht der Stadt zu sichern. Es müsse verhindert werden, dass

die Gesamtbeplanung dieses Geländes nicht mehr möglich sei. Der größte Wunsch sei es natürlich, dass es doch noch zu einer Einigung komme und die Arbeitsplätze erhalten blieben.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Beschluss das erste einer ganzen Reihe theoretisch zur Verfügung stehender Instrumente sei, ein Interesse der Stadt zu bekunden und zu sichern. Es gehe darum ein Signal zu setzen, gegebenenfalls die Zukunft dieses Standortes positiv beeinflussen zu wollen. Unabhängig davon hoffe er natürlich auf eine andere Lösung im Sinne des von Herrn Dr. Bernhauser zuvor geäußerten Wunsches.

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechts „Bergisch Gladbach – Gohrsmühle“ wird beschlossen.

15. Haushalt 2012 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen
0551/2011

Herr Waldschmidt bezieht sich auf ein vor drei Tagen zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister geführtes Gespräch, dessen Ergebnis entsprechend er den **Antrag** stellt,
den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Frau Schmidt-Bolzmann bezieht sich auf Seite 77 der Einladung, hier die angekündigte Rahmenplanung Bensberg. Sie bittet für die FDP-Fraktion darum, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann vor Durchführung des Vorhabens im Rahmen einer Vorlage über den von ihm zu beschließenden Inhalt und die Kosten detailliert informiert werde.

Frau Dr. Werheit führt aus, dass es selbstverständlich - wie bei den bisher durchgeführten größeren Projekten auch - eine Rückkopplung mit dem Ausschuss geben werde.

Frau Schundau bezieht sich auf das unter Tagesordnungspunkt 11 von Frau Schmidt-Bolzmann hinsichtlich der Seniorenbegegnungsstätten Gesagte und bittet zu berücksichtigen, dass die ab 2013 beschlossenen Reduzierungen wieder aufgehoben werden müssten, damit die Teilhabe älterer Menschen am städtischen Leben realistisch sei.

Herr Theisen nimmt Bezug auf die Produktgruppe 05.520, öffentliche Begegnungsstätten. Ein vom Seniorenbeirat gestellter Antrag habe nach nochmaliger Behandlung in der Verwaltung nicht zu einem positiven oder geänderten Ergebnis geführt. Auf der Grundlage der unter TOP 6 gehörten Präsentation sowie auf das Stadtentwicklungskonzept macht Herr Theisen darauf aufmerksam, dass eine dort klar getroffene Aussage die zukünftige Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung der Stadt sei. Vor dem Hintergrund dieser Feststellung sei die finanzielle Kürzung öffentlicher Treffs ein Schritt in die falsche Richtung. Herr Theisen bittet die Fraktionen, die er diesbezüglich auch angeschrieben habe, die Kürzungen noch einmal zu überdenken und dies in den Rat einzubringen.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf den gestellten Vertagungsantrag. Die verständlichen inhaltlichen Einlassungen seien nach Vorliegen der Gesamtdaten für die Haushaltsjahre 2012/2013 zu beraten. Angesichts der entstandenen inhaltlichen Diskussion führt Herr Waldschmidt aus, die SPD-Fraktion sehe die Erhaltung der bestehenden Altentagesstätten als sozialpolitische und sogar als pflichtige Aufgabe an, weshalb seitens der SPD-Fraktion der Vorschlag in die Haushaltsplanberatungen einbringen werde, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen.

Die Vorsitzende lässt über den von Herrn Waldschmidt eingangs gestellten Vertagungsantrag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

16. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Schmidt-Bolzmann bittet Herrn Hastrich um Erläuterung, warum die Integrationsaufgaben im Haushaltsplan unter dem Titel „Förderung von Diensten fremder Trägerschaft“ aufgeführt seien, andererseits die Förderung der Tagesstätten bei den freiwilligen Aufgaben. Herr Hastrich berichtet, in dem Korridor „freiwillige Leistungen“ seien diverse auf Produktsachkontoebene geführte Leistungen erfasst worden. Alle anderen aus den gleichen Sachkonten finanzierten Leistungen seien solche, über die der Rat im Rahmen seiner Haushaltshoheit entscheiden könne. Eine der Ratsentscheidungen sei der Beschluss gewesen, dass für die Umsetzung des Integrationskonzeptes 50.000 € pro Jahr zur Verfügung stünden. Diese Mittel gehörten aber, weil sie nicht städtisch, sondern durch fremde Dienste verausgabt würden, zu den sozialen Aufgaben in fremder Trägerschaft, weshalb sie sich in der gleichen Produktgruppe befänden. Mit 2 mal 20.000 € und einmal 10.000 € sei lediglich eine Aufsplittung auf verschiedene haushaltssystematisch unterschiedlich zu verbuchende Aufwendungen erfolgt.

Herr Waldschmidt bittet unter Bezugnahme auf eine bekannte Zeitungsveröffentlichung, wonach die Gemeinde Kürten plane, an der Stadtgrenze zu Bergisch Gladbach das Gewerbegebiet Spitze auszuweisen, um Mitteilung, ob es zutrefte, dass der Bürgermeister bereits im Vorfeld hierüber informiert worden sei. Gegebenenfalls bittet er um Nennung der eingegangenen Informationen.

Herr Schmickler antwortet, Herr Urbach habe klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er nicht informiert worden sei. Herr Schmickler bestätigt seinerseits, es lägen bis heute im Hause keinerlei schriftliche oder planerische Informationen vor. Die Gemeinde Kürten habe aber auf Anfrage eine kurzfristige Unterrichtung zugesagt, sobald der Sachverhalt sich konkreter darstelle. Zugrunde liege nach der bislang bekannten Information ein Antrag einer Fraktion, diese Planung wieder aufzugreifen. Herr Schmickler führt weiter aus, er beabsichtige auch, das Thema im Jahresgespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW anzusprechen.

Herr Dr. Karich bezieht sich auf seine schriftliche Anfrage, die offenbar der Vorsitzenden noch nicht vorliege, weshalb er sie nun mündlich vortrage. Im Rahmen des heute sehr eindrucksvoll präsentierten Abschlussberichts zum ISEK 2030 sei als Basis ein Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept, eine Wohnbaulandpotentialanalyse, ein Gewerbekonzept und ein Freiraumkonzept ausgearbeitet worden. Herr Dr. Karich weist darauf hin, ihm fehle hier explizit ein nach seiner Auffassung sehr wichtiges integriertes Verkehrsentwicklungskonzept. Ein solches solle im digitalisierten Format übereinander gelegt werden können. Er stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:

Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeiten und die Kosten ein, ein „Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept“ im Rahmen des „Integrierten Stadtentwicklungskonzepts“ auszuarbeiten?

Frau Dr. Werheit antwortet, zur Kostensituation auf Anhieb keine Aussagen treffen zu können, weshalb sie offen bleibende Fragen schriftlich beantworten werde. Die Notwendigkeit der Durchführung einer integrierten Verkehrsentwicklungsplanung für Bergisch Gladbach sei grundsätzlich im Blick. Zu Beginn der Planung sei die Verwaltung bei der Abwägung der zeitlichen Abläufe und der personellen Situation hinsichtlich des Flächennutzungsplans zu dem Ergebnis gekommen, dass es akzeptabel sei, zunächst den Flächennutzungsplan und anschließend den Verkehrsentwicklungsplan umzusetzen. In der Diskussion im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes seien aber eindeutige Signale gegeben worden, wie wichtig auch eine Verkehrsentwicklungsplanung sei. Frau Dr. Werheit führt weiter aus, dass der Umgang mit dieser Problematik noch ungeklärt und sie der Auffassung sei, dass diesbezüglich ein politisches Signal seitens des Ausschusses notwendig sei.

Herr Schmickler ergänzt, die sicher politisch umstrittenste Frage des Autobahnzubringers löse sich insoweit auf, als dieser als Planung des Landes nachrichtlich darzustellen sei und sich insofern ein Stück weit der politischen Diskussion entziehe.

Herr Waldschmidt erklärt, er teile die Herrn Dr. Karichs Auffassung; so seien beispielsweise im Innenstadtbereich Planungen im Bezug auf Gewerbe, Wissensstandort und Ähnliches kaum möglich, wenn die Erreichbarkeit vorher nicht geklärt sei.

Frau Dr. Werheit weist darauf hin, dass es natürlich bei Neuausweisungen entsprechende verkehrsplanerische Untersuchungen als Aufgabe des Flächennutzungsplanes geben müsse. Aller Voraussicht nach werde man die vorhandenen Infrastrukturen nicht wesentlich verändern, die vorliegenden Konzepte orientierten sich im Wesentlichen am Bestand. Klar sei aber, dass Verkehrsströme und Verkehrsnetze optimiert und organisatorisch in den Blick genommen werden müssten.

Herr Dr. Karich überreicht der Vorsitzenden eine Kopie der Anfrage vom 14.11.2011 (*Anlage*).

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Gez.: Klaus W. Waldschmidt
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Gez.: Gitta Schablack
Schriftführerin